

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
am letzten Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Plauderblättchen“ und „Allgemeine Winzer-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 12 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Ertel in Oestrich und Eltville.

Verlagsnummer No. 88

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No. 70

Donnerstag, den 13. Juni 1918

69. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

XVIII. Armee-Korps.
Stellvertretendes General-Kommando.
Nr. 35 Tsg. Nr. 12805/2467.

Gouvernement der Festung Mainz.
Nr. 35 Tsg. Nr. 55184/27710.

Betr.: Verwendung von Wagen der Eisenbahn-
verwaltung.

Verordnung.

In Ergänzung der Verordnung vom 26. April 1918
bestimmen wir auf Grund des § 95 des Gesetzes über den
Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und § 1 des Abän-
derungsgesetzes vom 11. Dezember 1915 im Interesse der
öffentlichen Sicherheit wie folgt:

§ 1
Zur Verhütung einer missbräuchlichen Benutzung der
Eisenbahngüterwagen verbieten wir, daß den Militär- und
Eisenbahnbehörden bezüglich der Bezeichnung des Absenders,
der Art, der Menge und des Gewichtes der Güter, des Ein-
packens und der Verwendung des Wagens falsche Angaben
gemacht werden. Es bleibt sich gleich, ob die falschen An-
gaben schriftlich in Dringlichkeitsvordruck, Frachtbriefen
oder dergleichen oder mündlich erfolgen.

§ 2
Verstöße hiergegen werden, sofern die bestehenden Ge-
setze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis
bis zu einem Jahr und bei Vorliegen mildernder Umstände
mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

§ 3
Die Verordnung tritt mit dem 15. Juni 1918 in
Kraft.

Frankfurt a. M., den 29. Mai 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General:
Riedel,

General der Infanterie.

Mainz, den 29. Mai 1918.

Der Gouverneur der Festung Mainz:

Bausch,

Generalleutnant.

Gouvernement der Festung Mainz.
Nr. 35 Tsg. Nr. 55025/27822.

Bekanntmachung

Die Verordnung vom 3. August 1917 Nr. 35 Tsg. Nr. 44248/19549, betr. „Verfallensverbot von Papier-
münd- und Papier-Tischklappern“ wird aufgehoben.

Mainz, den 1. Juni 1918.

Der Gouverneur der Festung Mainz:

Bausch, Generalleutnant.

Im Selbstverlag des Professors Dr. Alois Herzog in Sorau
N. 2. ist unter dem Titel „Was muß der Flachsfläuter vom Flachs-
stengel wissen?“ ein Buch erschienen, das einen zweckmäßigen
Leitfaden für Landwirte, Flachsfläuter, Verarbeiter und Ver-
braucher bildet.

Im Auftrage des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen
und Forsten mache ich auf dieses Buch aufmerksam. Es kann
für 1,50 Mk. je Stück von der Kriegsfachsachbau-Gesellschaft in
Berlin W. 56, Markgrafenstraße 38, bezogen werden.

Radesheim a. Rh., den 7. Juni 1918.

Der königliche Landrat.

Nach einer Verfügung der Provinzialkartoffelstelle vom 31. Mai
ds. Jrs. sind die Kommunalverbände ermächtigt, mit Rücksicht
auf den Kartoffelbedarf für die Versorgung der Verbraucher und
des Feldheeres eine Kürzung der Verlosungsperiode der Kartoffel-
erzeuger um weitere zwei Wochen vorzunehmen, so daß die Ver-
losungsperiode nunmehr mit dem 31. Juli 1918 endet. Mitbin
sind die Selbstverlänger verpflichtet, für 15 Tage je 1 1/2 Pfund
Kartoffeln = 22 1/2 Pfund auf den Kopf eines Haushaltungs-
angehörigen auf Anforderung zur Ablieferung zu bringen.

Radesheim a. Rh., den 5. Juni 1918.

Der Kreis-Ausschuß des Rheingaukreises.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat Herrn Johann
Sebastian Mayer in Erbach als Kommissionsrat und die nach-
stehenden Personen als Leiter von Sammelstellen für Gemüse und
Obst im Rheingaukreise ernannt und mit diesen einen Vertrag
über die Erhaltung von Gemüse und Obst abgeschlossen. Die
Sammelstellenleiter haben sich verpflichtet, die Veranlassung des
nicht bewirtschafteten Gemüses und Obstes zu betreiben
und die erreichbaren marktfähigen Erzeugnisse an die von der
Reichsstelle bestimmten Stellen zu bringen. Unterliegt Gemüse und
Obst der öffentlichen Verwertung, so haben die Sammelstellen-
leiter den Anweisungen der Kreis- bzw. Bezirksstelle über die
Lieferung und Veranlassung der eingesammelten Erzeugnisse Folge
zu leisten, sofern nicht abweichende Anordnungen der Reichsstelle
vorliegen. Die von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festge-
setzten Höchstpreise (Verordnung über Gemüse, Obst und Sadfrüchte
vom 3. April 1917) sind von den Sammelstellenleitern unter allen
Umständen einzuhalten.

Den einzelnen Sammelstellenleitern sind von uns bestimmte
Kaufspreise zugeteilt und die Erzeuger sind verpflichtet, nur
an die nachbenannten Sammelstellenleiter das bewirtschaftete Obst
und Gemüse abzugeben. Die Kaufspreise und die dafür be-
stimmten Händler sind folgende:

Name des Händlers	Wohnort	Kaufpreis für Obst u. Gemüse im Jahre 1918
Wilhelm Götz	Lorch	Lorch, Lorchhausen, Eppenschied, Raniel und Bollmerschied.
Philipp Hofkopf	Wilmannshausen	Wilmannshausen, Friedberg.
Wendlin Tillmann Gregor Tillmann	Geisenheim	Geisenheim, Rades- heim, Eibingen, Johannisberg, Kul- hausen u. Stephans- hausen.
Franz Küfner	Geisenheim	Geisenheim, Mittel- heim, Winkel.
Willy Pfeifer	Geisenheim	Geisenheim, Hall- garten, Oestrich.
Hr. Hugo Schmid	Erbach	Erbach, Niederh.
Frau Jos. Jung	Erbach	Erbach, Hattenheim.
Frau Breg	Eltville	Eltville, Rensdorf.
Frau Schille	Eltville	Kaunthal.
Frau Anna Maria Henrich Frau Eva Altenrich Frau Maria Schranz Herr Heinrich König Frau Karoline Kirch	Niederwalluf	Niederwalluf und Oberwalluf.

Andere Händler sind nicht berechtigt, bewirtschaftetes Obst und
Gemüse im Rheingaukreise aufzukaufen.
Radesheim a. Rh., den 6. Juni 1918.
Der Kreis-Ausschuß des Rheingaukreises.

Bekanntmachung.

Gemäß § 160 der Reichsversicherungsordnung wird der Wert
der Sachbezüge für den Bezirk des Rgl. Versicherungsamts Rades-
heim a. Rh. wie folgt festgestellt:

Gemeinde	Werte pro Tag	Werte pro Tag	Werte pro Tag	Werte pro Tag	Werte pro Tag	Werte pro Tag
Radesheim						
männliche	0.50	1.50	0.30	0.60	0.60	2.25
weibliche	0.40	1.35	0.30	0.55	0.55	1.95
jugendliche	0.40	1.35	0.30	0.55	0.55	1.95
Eltville u. Geisenheim						
männliche	0.45	1.50	0.30	0.60	0.60	2.20
weibliche	0.35	1.35	0.30	0.55	0.55	1.90
jugendliche	0.35	1.35	0.30	0.55	0.55	1.90
Für die übrigen Ge- meinden des Ver- sicherungsamtsbezirks						
männliche	0.40	1.50	0.30	0.60	0.60	2.10
weibliche	0.30	1.35	0.30	0.55	0.55	1.80
jugendliche	0.30	1.35	0.30	0.55	0.55	1.80

Im übrigen erfolgt die Festsetzung anderer Sachbezüge von
Fall zu Fall.

Die vorstehende Festsetzung tritt am 1. Juli ds. Jrs. in Kraft.

Radesheim a. Rh., den 11. Mai 1918.

Der Vorsitzende des Rgl. Versicherungsamts.
Wagner.

Die Kriegslage.

(3.) Der erfolgreiche Stoß unserer Truppen zwi-
schen Montdidier und Noyon hat sie bedrohlich in die
Nähe von Compiègne gebracht. Die Truppen des Ge-
nerals von Dettinger, die bis südlich Affainvillers vor-
gestoßen sind, stehen nur noch 5-6 Kilometer von Mont-
didier. General von Schöler auf dem linken Flügel
hält in Antheuil etwa 10 Kilometer nordöstlich von
Compiègne. Zwischen Montdidier und Noyon ist die
Front gewaltig vorgetrieben, der Druck auf die Linie
Montdidier-Amiens hat ebenso eine Verstärkung er-
fahren, wie der auf Compiègne. Wie sich der neue
Zug in das große geniale Schachspiel einfügt, werden
die kommenden Ereignisse zeigen.

Ämtliche deutsche Heeresberichte.

BB. Großes Hauptquartier, 11. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz.

Krupp von Bayern.

Die tagsüber mähige Gefechtsintensität lebte nur
beiderseits der Somme auf. Nach starker Feuerbege-
rung griff der Feind am Abend zwischen Ancre und
Somme an. Dertlicher Einbruch des Feindes an der
Straße Corbie-Bray wurde durch Gegenstoß zum Stehen
gebracht. Vor der übrigen Front brach der Angriff
blutig zusammen.

Front des deutschen Kronprinzen.

In zwei Kampftagen hat der Angriff der Armee
des Generals von Hutier zu dem beabsichtigten Erfolge
geführt und uns in den Besitz des Höhenlandes süd-
westlich von Noyon gebracht. Der Stoß traf einen auf
unseren Angriff vorbereiteten tief gegliederten Feind
in starker Stellung.

Die französischen Divisionen konnten trotzdem der
ungestümen Angriffskraft unserer Truppen nicht wider-
stehen. Auch die zu einheitlichen Gegenangriffen heran-
geführte Division der französischen Heeresreserven wurde
gestern in erbittertem Kampfe zurückgeschlagen.

Auf rechtem Angriffsfügel behaupteten Truppen des
Generals von Dettinger die südlich von Affainvillers ge-
nommenen feindlichen Linien gegen heftige Gegenan-
griffe. Die Truppen des Generals von Webern stehen
im Kampfe bei Courcelles und Nery. Beiderseits der
großen Straße Roze-Etires-St. Denis eroberten wir
den Höhenrücken östlich von Nery; durchstießen die vier
feindlichen Stellungen und warfen den Feind auf die
Kronde zurück. Trotz starker feindlicher Gegenwehr er-
kämpften sich die Truppen des Generals von Schoeler
den Übergang über die Maas.

Nach Erstürmung der Höhen von Marquogise und
des Birneront-Berges drangen sie in unaufhaltsamem
Angriff bis Antheuil vor. Das Korps des Generals
Kossmann hat in diesem Kampf das feindliche Stel-
lungsgewirr auf den Höhen südlich von Thiescourt
durchstoßen.

Auf den nach Süden zur Oise gelegenen Hängen
drangen wir bis Alquebourg vor. Die Gefangen-
zahl hat sich auf mehr als 10 000 erhöht; damit steigt
die Zahl der von der Heeresgruppe deutscher Kron-
prinz seit dem 27. Mai eingebrachten Gefangenen auf
etwa 75 000.

An der Front von der Oise bis Reims ist die
Lage unverändert. Erneute Angriffe des Feindes nord-
westlich Chateau-Thierry brachen verlustreich zusammen.

Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

BB. Großes Hauptquartier, 12. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz.

Krupp von Bayern.

Artilleriekampf wechselnder Stärke. Die Infan-
terietätigkeit blieb auf Erkundungsgeschehen beschränkt.

Front des deutschen Kronprinzen.

In schweren Kämpfen hat die Armee des Ge-
nerals von Hutier gestern den erwarteten zur Wiederein-
nahme des Höhenlands südwestlich von Noyon geführ-
ten Gegenangriff mehrerer französischer Divisionen zum
Scheitern gebracht.

Unter schweren Verlusten wurde der Feind aus
seiner ganzen Angriffsfront von Le Plohton bis An-
theuil zurückgeschlagen. Seine in großer Zahl
zum Einsatz gebrachten Panzerwagen liegen zer-
schossen auf dem Kampffeld. Zwischen Nery und
Belloy, wo der feindliche Ansturm in unse-
rem Gegenstoß zerbrach, dauerten erbitter-
te Kämpfe bis zur Dunkelheit an. Das westliche
Oise-Ufer nördlich der Maas-Mündung wurde vom Feind
geäubert. Die Zahl der von der Armee eingebrachten
Gefangenen hat sich auf mehr als 13 000 erhöht.

Der Verlust der Höhen südwestlich von Noyon
zwang den Feind zur Räumung seiner Stellungen
im Carlepont-Wald, auf dem Oiseufer der Oise.
Dem weichen Feinde fliehen wir über Carlepont
und Caisnes scharf nach und erreichten kämpfend die
Linie nördlich von Vailly-Trach-De-Bal westlich Ram-
peel. Hartnäckig und ohne Opfer scheuend, setzte der
Feind seine vergeblichen Angriffe nordwestlich von Cha-
teau-Thierry fort. Mehrfacher Ansturm brach hier blutig
zusammen.

Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Die österreichischen Heeresberichte.

BB. Wien, 11. Juni. (Ämtlich.)

An der unteren Piave scheiterten abermals zwei
italienische Vorstöße. Auch in der Frenzela-Schlucht sind
feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen worden.
Nordwestlich von Korca in Albanien haben die Fran-
zosen ihre Angriffe wieder aufgenommen.

Der Chef des Generalstabs.

BB. Wien, 12. Juni. (Ämtlich.)

An der Gebirgs- und Piavefront anhal-
tende Artillerietätigkeit. Im Abschnitt des Stiller
Jochs, westlich von Asiago und am Monte Molone,
wurden feindliche Vorstöße abgewiesen. In Albanien,
im Raume bei Sinapremto und nordwestlich von Korca
bauern die Kämpfe mit angreifenden Franzosen an.

Der Chef des Generalstabs.

Vom Westen.

Die Beschichtung von Paris.

BB. Berlin, 11. Juni. Wie die „Köln. Volkszeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, richteten die Geschosse unserer weittragenden Ferngeschütze auch an einzelnen militärischen Bauwerken in Paris Schaden an. Geschosse schlugen z. B. auf den Ostbahnhof und den Bahnhof St. Lazare ein. Auch der Quai d'Orsay, der Luftpost und der Place de la Concorde wurden getroffen.

Ein Befehl General Petains.

(b.) Berlin, 11. Juni. General Petain hat unter dem 1. Juni folgenden Befehl erlassen: „Soldaten! Der Feind holt zu einem neuen Schlage aus! An Zahl überlegen während der ersten drei Tage, gelang es ihm, unsere vordersten Linien zurückzudrücken. Unsere Reserven sind im Anmarsch. Wir werden den Sturm zum Scheitern bringen und zum Gegenstoß ausheilen. Soldaten der Marine! Für Euren Erb, für Frankreich vorwärts.“ — (Dieser Gegenstoß war bereits am 2. Juni erledigt! Die Red.)

Die Fliegerfähigkeit auf der Kampffront.

BB. Berlin, 11. Juni. Die letzten Nächte waren für die Tätigkeit unserer Bombengeschwader im allgemeinen günstig. Diese richteten ihre Angriffe gegen die feindlichen Flughäfen, auf denen die durch unseren Vormarsch bis zur Marne aus ihren alten Häfen verdrängten feindlichen Verbände dicht gedrängt Zuflucht gesucht hatten, ferner gegen Bahnhöfe und Etappenorte des Gegners, die infolge der Heranziehung der Reserven und der Wiederordnung der durch unseren Ansturm verwirrten rückwärtigen Verbindungen eine dichte Bestückung aufwiesen, und gegen Paris. Ueberall konnte durch Brände und Explosionen festgestellt werden, daß die Bombengeschwader die ihnen befohlenen Ziele zu treffen wußten. Unsere anderen Fliegerverbände waren nicht weniger tätig. Besonders gute Erfolge erzielten unsere Jagdflieger im Angriff gegen Geschwader des Gegners. Es gelang ihnen allein am 6. und 7. Juni 29 feindliche Flugzeuge abzuschießen. Unsere Verluste sind demgegenüber mit nur 9 Flugzeugen erfreulich gering.

Die Gesamtbeute.

BB. Berlin, 12. Juni. Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an Deutschland verlor, hat sich auf über 200 000 erhöht. Desgleichen ist die Geschützbeute, die bisher 2250 betrug, infolge des neuen deutschen Sieges zwischen Montdidier und Royon gewachsen. Die Entente hat nunmehr auf den verschiedenen Angriffsfrenten das gesamte auf 270 Kilometer eingebaute Stellungsmaterial in der ganzen Tiefe der hintereinander liegenden Verteidigungszonen mit ungezählten Munitionslagern, Depots und Bahnen verloren. Die blutigen Verluste haben sich zu ungeheuren Zahlen gesteigert.

Die Luftkämpfe.

BB. Berlin, 11. Juni. In zahlreichen Luftkämpfen, die am 9. Juni tief hängender Wolken und gegen Abend einsetzenden Sturmes an der Westfront ausgetragen wurden, errang das Jagdgeschwader Richthofen seinen 400. Luftsieg. Am 9. und 10. Juni schossen unsere Jagdflieger auf Flaks 51 feindliche Flugzeuge ab. Unsere Verluste waren dagegen gering. Wir verloren nur acht Flugzeuge.

Die schwarzen Franzosen.

BB. Berlin, 12. Juni. Nach den Aussagen der zahlreichen vorwärts eingebrachten Senegalesen von verschiedenen Divisionen ergibt sich ein erschreckendes Bild von der Militärsklaverei, zu der Frankreich die Eingeborenen seiner Kolonie preist. Die Schwarzen werden nur in vorderster Linie eingesetzt. Hinter ihnen steht in zweiter Linie ein weißes Bataillon. Ebenso rahmen weiße Truppen die Negers auf beiden Flanken ein. Nicht nur die Offiziere und ein Teil der Unteroffiziere bestehen aus Weißen, sondern auch die Maschinengewehrkompanien, um bei einem etwaigen fliehenden Angriff sofort auf die Schwarzen schießen zu können. Die Negers werden unter einer eisernen Disziplin gehalten. Sie erhalten auch nur für drei Mann einen Laib Brot und Reis mit etwas Fleisch und Rüben. Wenn sie nicht in Stellung sind, fallen Fleisch und Rüben fast ganz weg und nur vier Mann erhalten einen Laib Brot. Von den Schwarzen will nicht ein einziger etwas vom Krieg wissen; sie sagen aber, es bleibe ihnen nichts anderes übrig als zu kämpfen, da sie gegen die Macht der Franzosen nicht aufkommen könnten. Am bezeichnendsten für die Art, wie die Franzosen ihre schwarzen Militärsklaven behandeln, ist die Tatsache, daß den Negern kein Heimaturlaub gewährt wird. Wer von ihnen als Soldat Frankreichs Boden betreten hat, darf in seine Heimat nicht mehr zurück.

Ludendorff.

(b.) Budapest, 12. Juni. Der Berichterstatter des „Az Est“ im deutschen Hauptquartier hatte eine Unterredung mit dem Generalquartiermeister Ludendorff. Der Berichterstatter meldet: Der große Heerführer war in ausgezeichnetem Laune und sagte: „Die großen Schlachten, die wir seit dem 27. März der Engländer und der französischen Armee lieferten, verliefen planmäßig und verurteilten dem Feinde wie die erste große Schlacht bei Cambrai und Armentières große Verluste an Menschen und Material.“

Der Tauchbootkrieg.

BB. Berlin, 11. Juni. (Kritisch.) Im Mittelmeer versenken unsere U-Boote 7 Dampfer von etwa 26 000 Bruttoregistertonnen.

Unter diesen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Cambrian King“, 3601 Brt., mit Flugzeug, und der Dampfer „Snowdon“, 3149 Brt., mit 4000 Tonnen Kohlen und 2000 Tonnen Stahlgut.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

BB. Berlin, 12. Juni. (Kritisch.) Im Sperrgebiet um England sind neuerdings durch die Tätigkeit unserer U-Boote

10 500 Bruttoregistertonnen

Handelschiffraum vernichtet worden.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Allerlei Nachrichten.

Die Ludendorff-Spende.

(b.) Berlin, 11. Juni. Das Ergebnis der Ludendorff-Spende wird nach den bisher bekannt gewordenen Resultaten auf 100 bis 120 Millionen Mark geschätzt.

Die Zarin-Mutter.

(b.) Berlin, 11. Juni. Aus Wien wird gemeldet: Aus Kiew wird berichtet, die Haltung der Zarin-Mutter und anderer Familienmitglieder ist noch immer deutschfeindlich. Ein deutscher General wurde zu ihnen geschickt, um ihre etwaigen Wünsche entgegenzunehmen. Der General wurde von den Häuptern der Familie nicht empfangen. Nur die jüngeren Großfürsten brachten dem General den Wunsch aus, sobald als möglich ins neutrale Ausland reisen zu dürfen.

Deutsch-englische Gefangenen-Konferenz.

BB. Haag, 11. Juni. Die deutsch-englische Konferenz hat gestern Nachmittag im Treves-Saal ihre zweite Sitzung abgehalten. Es liegt nicht in der Absicht, regelmäßige Presseberichte über die Verhandlungen zu veröffentlichen, genau so wenig, wie dies 1917 in der ersten Konferenz dieser Art im Haag geschehen ist.

Eine Holländische Friedensaktion.

Haag, 9. Juni. Die Mitglieder der Zweiten Kammer des Reichstages, Koolen und Rueter stellen im „Nieuwe Courant“ die Frage, ob jetzt nicht die Zeit gekommen sei, in der von neutraler Seite eine Brücke geschlagen werden kann zwischen den beiden kriegsführenden Parteien, die ohne Hilfe von dritter Seite nicht zusammen zu kommen scheinen. Es kann jetzt Hollands Mission sein, durch seine Initiative eine große Tat für den Frieden zu tun.

Zur preußischen Wahlreform.

Das gleiche Wahlrecht ist auch in vierter Lesung abgelehnt.

Das Haus ist stark besetzt. Auf der Tagesordnung steht die vierte Beratung der Wahlrechtsvorlage. Dazu liegen Kompromißanträge der Konservativen, Freikonserverativen, Nationalliberalen und des Zentrums vor. Die Abg. Bruns (Ztr.) u. Gen. beantragen u. a., das gleiche Wahlrecht wieder herzustellen und die Wahlberechtigung von einem halbjährigen Aufenthalt im Wahlkreis abhängig zu machen.

Abg. v. Seydewitz (Nf.) empfiehlt die Kompromißanträge zur Annahme.

Abg. Vorsch (Ztr.): Wir haben wiederholt erklärt, welchen Wert wir auf die kulturellen Sicherungen legen. Mit Rücksicht auf die Bereitwilligkeit in dieser Hinsicht durch die Unterzeichner des Kompromißantrages ist ein Teil meiner Freunde bereit, auch weil die Fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokratie die Sicherungsanträge glatt ablehnen, und mit Rücksicht auf die in der Presse gegebene Begründung für den Kompromißantrag zu stimmen. Um aber zum Ausdruck zu bringen, daß wir grundsätzlich für das gleiche Wahlrecht sind, werden ich und die Mehrheit meiner Freunde zunächst für die Einführung des gleichen Wahlrechts stimmen.

Abg. Süßide (Nf.) erklärt, daß seine Freunde den Kompromißanträgen durchweg zustimmen werden.

Abg. Bachmide (Nf.): Monatlang haben wir Verhandlungen geführt, und heute früh erst kommt man mit einem Kompromiß, der auf einem Korrekturabzug sich vorfindet. Selbst vor der Regierung hat man ihn geheim gehalten. Ich bewundere die Geduld der Regierung, die noch immer zögert, das letzte Wort zu sprechen, das nur lauten kann: Weg mit diesem Ganzen. (Zustimmung links.) Der Redner geht dann auf die Kompromißanträge näher ein und sagt zum Schluß: Wir werden, um den einzelnen Herren im letzten Augenblick nochmals die ganze Schwere ihrer Verantwortung vor die Seele zu führen, die namentliche Abstimmung beantragen. (Lebh. Zustimmung links.)

Minister Dr. Drews: Wenn die Stellung der Anträge erfolgt ist zum Zwecke einer Verständigung mit der Regierung, so ist meines Erachtens kaum der richtige Weg eingeschlagen worden, da dieser Antrag erst in diesem Augenblick zu unserer Kenntnis gebracht worden ist. Auf den Kernpunkt des Kompromißantrages werden wir später Stellung nehmen. Der § 3 ist und bleibt der Kernpunkt der Vorlage, um den sich der Hauptkampf dreht. Genau so, wie der erste Antrag Lohmann, gibt auch dieser Antrag keinen geeigneten Boden für die Staatsregierung, und ich muß namens der königlichen Staatsregierung die Erklärung abgeben, daß wir uns auf den Boden dieses Antrages nicht stellen können und bei der Annahme dieses Antrages das Zustandekommen dieser Wahlvorlage für die Staatsregierung ausgeschlossen ist. (Lebh. Zustimmung links.)

Abg. Lucas (Nf.) erklärt, daß seine Parteifreunde den Antrag Lohmann unbedingt ablehnen. Seine Annahme würde eine kolossale Enttäuschung auslösen. Wir treten aus voller Ueberzeugung für das gleiche Wahlrecht ein.

Abg. Lohmann (Nf.): Die Staatsregierung soll sich, ehe sie das Kompromiß ablehnt, die Sache reichlich überlegen. Sie können den inneren Frieden mit unserem Antrag erlangen, gegen uns nicht.

Abg. Korfanty (Pole): Wir lehnen den Kompromißantrag ab. Er ist ein Rechtsraub an der Mehrheit der Wähler.

Abg. Leinert (Soz.): Der Kompromißantrag bedeutet eine Rechtsverweigerung für die Mehrheit des arbeitenden Volkes. Dazu kommen die Sicherungsanträge des Zentrums und die Verhältniswahl für den Osten, die nur die konservativen Mandate retten sollen, und zum Schluß die Dreiviertelmehrheit für Verfassungsänderungen. Es gehört eine eiserne Stirn dazu, dergleichen dem Volk anzubieten. Die Verweigerung des gleichen Wahlrechts bedeutet eine schwere Blutschuld gegen unsere Kämpfer an der Front.

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.) erhebt gegen die Sozialdemokraten und die Fortschrittler Vorwürfe, daß sie schuld seien, daß die Wahlrechtsvorlage einen so trügerischen Verlauf nähme. Die Regierung würde durch ihr flüchtiges Vorgehen geradezu noch gestützt. Scheidemann nehme jetzt sogar bössische Pflichten auf sich. Der Tag der Abrechnung werde kommen, wo man mit allen Volksvertretern Abrechnung halte.

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Spezialberatung begründet Abg. Gronowski (Ztr.) einen Antrag, der besagt, daß jeder Preussin wahlberechtigt ist, der 25 Jahre alt und seit

wenigstens drei Jahren Staatsangehöriger ist, in dem Wahlkreis, in dem er seit einem halben Jahr seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.) unterstützt den Antrag Gronowski.

Daraufhin wird das gleiche Wahlrecht in namentlicher Abstimmung mit 235 Stimmen der Konservativen, Freikonserverativen, der Rechtsnationalen, Liberalen und eines Teils des Zentrums gegen 164 Stimmen der Linken und des größeren Teils des Zentrums auch in der vierten Lesung abgelehnt.

BB. Berlin, 11. Jan. Der Abg. Lohmann hat in der nationalliberalen Fraktion den Vorsitz niedergelegt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Juni.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

General v. Owen erwidert auf eine Anfrage des Abg. Müller-Reiningen (F. Vp.): Die Kriegstabakmischung ist aus der Zeit entschlössen. Die Heeresverwaltung hat sich ungern dazu entschlossen, der Zulassung von Tabak-Ersatzstoffen näherzutreten. Es haben sehr sorgfältige Prüfungen unter Zuziehung des Reichsgesundheitsamtes stattgefunden. Dann erst hat man schließlich eine Mischung mit Buchenlaub gewählt. Die Zahl der Klagen ist bisher verhältnismäßig gering. (Sturm. Widerspruch.) Gleichwohl haben wir verfügt, daß die Weiterlieferung der Kriegstabakmischung eingestellt wird und zwar zunächst vorübergehend.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (F. Vp.): Ist

dem Reichslanzler bekannt, daß für das hierzu verwendete Laub 10 Mark für den Zentner bezahlt wird, und daß die Fabrikanten für diesen sogenannten Tabak 500 Mark für den Zentner verlangen. Was gedenkt der Herr Reichslanzler zu tun, um diesen unerhörten Wucher zu bekämpfen. Ist es richtig, daß einzelne Truppenteile durch den Einfluß dieses Laubtabaks in ihrer Gesundheit schwerer geschädigt worden sind, als durch feindliche Gasangriffe? — General v. Owen: Die Kriegstabakmischung kostet 5 Mark das Kilogramm. Daran sind 1.20 Mk. Steueranteile, also bleibt 3.80 für das Kilogramm und 1.90 Mark für das Pfund. Die Mischung wird im Großen gemischt und es können Versehen vorkommen. Die Einstellung der Lieferung dieser Mischung ist auf die Nachricht hin erfolgt, daß bei der Truppe sich Gesundheitsstörungen gezeigt haben. Es wird geprüft, in welcher Form eine Tabakmischung gegeben werden kann, bei der diese Uebelstände nicht vorhanden sind. Gegen eine Firma, die besonders schlecht geliefert hatte, ist bereits strafweise eingeschritten worden.

Auf einen Hinweis des Abg. Drey (Soz.) bemerkt Oberstleutnant Böhm, die Beschaffung des Ersatzes für beschlagnahmte Fär- und Färbeschläge mußte durch eine behördliche Regelung erfolgen, weil sonst nicht genügende Sicherheiten gegeben sind gegen die Verwucherung des Publikums.

Abg. Müller-Reiningen (F. Vp.): Am 4. April 1918 wurde in Collinsville in Illinois der in Deutschland geborene Bergarbeiter Paul Prager das Opfer eines Mordanschlags. Was gedenkt der Herr Reichslanzler zu tun, um den Folgen einer verbrecherischen Schädigung der Deutschen in den Vereinigten Staaten und deren indirekten Begünstigung durch die Regierung vorzubeugen? — Geh. Legationsrat Graf Simon: Es ist richtig, daß am 4. April der Deutsche Prager von einer Menschenmenge in Collinsville aus dem Gefängnis geschleppt, durch die Stadt geführt und an einem Baum aufgehängt worden ist, und zwar aus seinem anderen Grunde, als dem, deutschfreundlicher Gesinnung verdächtig zu sein. Der schweizerische Gesandte in Washington hat sofort eingegriffen und von den amerikanischen Behörden Auffassung und Sicherheit gegen eine Wiederholung solcher Vorkommnisse verlangt. Er hat auch eine strafrechtliche Verfolgung der Täter gefordert. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß die amerikanische Gesetzgebung keine genügende Sanktion bietet, um eine solche Unmenschlichkeit zu bestrafen. Die kaiserliche Regierung hat dadurch durch Vermittlung der schweizerischen Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß sie eine scharfe und nachdrückliche Sühne der Ermordung des Deutschen Prager verlangt.

Nach weiteren Anfragen folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsamt des Innern. Die beiden vom Ausschusse gestrichenen vortragenden Räte werden wieder bewilligt. Der Zentrums-Antrag: Errichtung von Beamtenausstellungen bei den Reichsbetrieben wird angenommen. Die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Familienunterstützung und für den Ausbau der Arbeitsvermittlung werden abgelehnt.

Der Haushalt des Reichsamts des Innern ist damit in zweiter Lesung erledigt.

Es folgt der Heeres-Etat, der verbunden wird mit der ersten Lesung der neu eingebrachten militärischen Gesetzentwürfe.

Kriegsminister von Stein äußert sich zunächst in längeren Ausführungen über die Kriegslage und betont, daß wir voller Bewunderung und voller Dankbarkeit heute auf unsere unvergleichliche Armee blicken. Das Gefühl unbedingter Ueberlegenheit über den Feind, des Einzelnen und der Gesamtheit, das Bewußtsein der Kraft und Vertrauen in ihre Führer wird die Armee weiter zum Siege führen. (Lebh. Beif.) Noch ist der Feind zum Frieden nicht bereit, noch hat das Schwert das Wort, aber das Schwert ist stark, und mit voller Zuversicht sehen wir dem Ausgange des Kriegen entgegen. (Erneuter lebh. Beif.) Operationen in Finnland haben zur Befreiung des Landes geführt. Wir hoffen, in Finnland einen zuverlässigen Feind für die Zukunft zu finden. An der italienischen Front ist die Lage unverändert. Die Mazedonische Front hält beträchtliche Teile der feindlichen Armeen in Schach. In Palästina sind erneute Angriffe der Engländer über den Jordan an der Tapferkeit deutscher und türkischer Truppen gescheitert. In Mesopotamien konnte der Engländer die Anfangserfolge nicht behaupten. Im Kaukasus haben unsere türkischen Bundesgenossen die ihnen im Friedensvertrage mit Rußland zugesicherten Gebiete besetzt. Der Kriegsminister begründet nunmehr die drei militärischen Vorlagen. Er verweist zur Begründung der Vorlage auf die Heranziehung der Heeresfähigen zum militärischen Arbeitsdienst, auf die lebhaften Klagen und Beschwerden darüber, daß diese Personen in dieser schweren Zeit nirgends einer mili-

zarten Dienstleistungen unterworfen sind, aber den staatlichen Schutz in vollem Umfange genießen. Wir wollen mit dem Gesetz nur die Elemente unschädlich machen, die eine Gefahr für die Allgemeinheit bilden. Die vorgeschlagene Änderung der Beiratspflicht bedeutet eine notwendige Erweiterung der Landwehrformationen. Was die Novelle zum Militärstrafgesetz anbelangt, so zeigt sich jetzt eine neue Erscheinung. Während der früheren längeren Kriege mußten die Strafen verschärft werden. Wir können aber zu Milderungen übergehen. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. Wirt (Ztr.), Schöpslin (Soz.) und Dr. Fäßl (F. Vp.) verläßt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Weiterberatung. — Schluß 7 Uhr.

Tagesgeschichte.

von Kühmann.

(36.) Berlin, 12. Juni. Staatssekretär von Kühmann hat heute Hamburg einen Besuch ab. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet nun, daß Herr von Kühmann nichts weiter tut, als das, was er nach seinem Amtsantritt den Regierungen der deutschen Bundesstaaten gegenüber getan hat. Daß Herr von Kühmann auch Besprechungen mit Vertretern des hamburgischen Haupthandels und der Schifffahrt haben wird, hält oben zitiertes Blatt für wahrscheinlich.

Lichnowsky.

(37.) Kopenhagen, 12. Juni. Die „Ertrabladet“ erzählt, ist jetzt die bekannte Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, die hier vor kurzem in dänischer Sprache unter dem Titel: „Meine zwei Jahre in London“ erschienen ist, auf Verlangen des Fürsten zurückgezogen worden. Die dänische Veröffentlichung war auf Grund einer englischen Ausgabe mit der Vorrede eines Engländers erfolgt.

Das Branntweinmonopol.

(b.) Berlin, 11. Juni. Der Reichstagsausschuß für das Branntweinmonopol nahm seine Verhandlungen wieder auf. Vom Abg. Löcher (D. Fr.) wurde unter Hinweis auf die bei der Weinsteuerschließung Steuerherabsetzungen auch eine entsprechende Ermäßigung der Branntweinsteuer verlangt. — Unterstaatssekretär Schiffer: Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck darauf drängen, daß die beschlossenen Herabsetzungen wieder aufgehoben werden. — Abg. Blund (Fp.): Wenn wir nur eine Zafagmaschine sein sollen, dann können wir ja nach Hause gehen. — Unterstaatssekretär Schiffer: Von einer Zafagmaschine ist hier keine Rede, aber es muß auf die Bedeutung hingewiesen werden, die es hat, wenn man solche Herabsetzungen beschließt, ohne an die Folgen in den anderen Ausschüssen zu denken. — Auch Reichsfinanzminister Graf v. Helldorn verlangt die Verabschiedung der Vorlage im Zusammenhang mit den anderen Steuerentwürfen. Gewiß wird das Branntweinmonopol jetzt im Krieg noch nicht wirken, aber man muß bedenken, daß das Monopol mindestens 1½ Jahre zu seiner Durchführung braucht.

§ 5, der bestimmt, daß als landwirtschaftliche Brennereien die angesehen sind, denen eine Reihe von Vergünstigungen gegenüber den gewerblichen Brennereien eingeräumt werden, wird schließlich mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Die Getränkesteuer.

Bei der zweiten Lesung der Weinsteuer liegt ein Kompromißantrag vor, die Weinsteuer wiederum um 20 Prozent festzusetzen. Nach dem Krieg soll der Bundesrat ermächtigt werden, wenn der Reichstag es verlangt, den Satz für Wein bis zu 2 Mark das Liter auf 15 Prozent zu ermäßigen. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht.

Das Arbeitskammergesetz.

(36.) Berlin, 11. Juni. Im Reichstagsausschuß für das Arbeitskammergesetz gab Geh. Oberregierungsrat Seiffert im Namen der Regierung folgendes bekannt: Die Regierung könnte sich höchstens für den Antrag Trimborn erklären, der Sachkammern für die hauptsächlichsten Industrie- und Berufsgruppen, räumlich abgetrennte Kammern für die übrigen verbleibenden Gewerbebetriebe vorschlägt. Auf diese Erklärung der Regierung hin beschloß der Ausschuß, die Verhandlungen abzubrechen, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der veränderten Lage Stellung zu nehmen.

Die Versorgung mit Hausbrandkohle.

(36.) Berlin, 11. Juni. Der Reichsausschuß für Handel und Gewerbe verhandelte am Dienstag über die Kohlenfrage, insbesondere über die Versorgung der Städte mit Hausbrand. Ein Vertreter des Reichskohlenkommissars gab der zuverlässigen Hoffnung Ausdruck, daß auf Grund der Erfahrungen des vorigen Jahres eine befriedigende Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen möglich sein werde. Die leichteren Beförderungsmöglichkeiten des Sommers würden voll ausgenutzt werden. Ein Zentrumredner hob den Ernst der Lage hervor, der durch die Knappheit an Lebensmitteln und Kleidung verschärft werde. Schließlich nahm man eine Entschließung an, die verlangt, daß die Kohlenförderung mit allen Mitteln gesteigert wird bis zur vollen Ausnutzung der Förderungsmöglichkeiten der Feden, damit insbesondere die Bevorratung mit Hausbrandkohle schon vor der Ernte in möglichst großem Umfang durchgeführt werden kann.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Silberne Hochzeit.

* Eltville, 13. Juni. Am gestrigen Tage feierten die Eheleute Martin Scharbag dahier das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Den zahlreichen, dem allgemein beliebten und hochgeachteten Jubelpaare an ihrem Ehrentage zugegangenen herzlichen Glückwünsche schließen auch wir uns noch nachträglich an.

Besitzwechsel.

* Eltville, 12. Juni. Das früher Preisel'sche Anwesen, Wörthstr. 19, umg. zum Preise von 36.000 Mk. in den Besitz der Firma Weillauß & Peil hier über.

Austausch Gefangener.

Köln, 13. Juni. Beim königlichen Kriegsministerium und beim Reichsausschuß der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Gefangenensorge, gehen in Bezug auf die am 2. 5. 18 veröffentlichten neuen

Berner Vereinbarungen zwischen der deutschen und französischen Regierung über den Austausch bzw. Internierung der länger als 18 Monate in Gefangenschaft befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen zahlreiche Gesuche um Berücksichtigung von Gefangenen für diesen Austausch sowie um beschleunigte Heimkehr einzelner Gefangener ein. Hierzu ist zu bemerken, daß alle Gesuche um Berücksichtigung bei diesem Austausch sich erledigen, da vereinbarungsgemäß alle Gefangene nach einer Gefangenschaft von 18 Monaten in die Heimat entlassen bzw. die Offiziere in der Schweiz interniert werden müssen, und ein namentliches Anfordern dieser Gefangenen bei der französischen Regierung nicht erfolgt. Eine beschleunigte Heimkehrung läßt sich nicht ermöglichen, da ein vorzugsweiser Abtransport einzelner Gefangener den Vereinbarungen widersprechen würde. Der Abtransport wird mit Rücksicht auf die große Zahl der durch das Abkommen getroffenen Gefangenen und mit Rücksicht auf die Kriegswirtschaft ganz erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Es läßt sich daher nicht voraussagen, wann der einzelne in die Heimat entlassen wird. Besondere Anträge auf Austausch, bzw. Internierung sind daher nur in denjenigen Fällen zu stellen, wo es sich um kranke bzw. verwundete Kriegsgefangene handelt, die nach dem 1. November 1918 gefangen worden sind.

Die Zeit der Feldfrevel.

* Biersfeld, 12. Juni. Schon jetzt beginnen wieder die Felddiebstähle. Wiesen und Acker werden heimlich um das nötige Pflanzensaatgut zu rauben. Einer Kriegsfrau wurde der Erbsenbestand, den dieselbe zu verkaufen gedachte, gänzlich gestohlen. Am Mainzer Weg, woselbst viele Landwirte ihren Bedarf an Gemüsepflanzen sahen, wurde ein großer Teil derselben gestohlen. Es ist dies um so empfindlicher, als diese Pflanzen bekanntlich eben sehr teuer und rar sind.

Explosionsunglück in Mainz.

* Mainz, 12. Juni. Heute mittags, 12.45 Uhr, fand in der Metallwarenfabrik Busch hier eine Explosion statt, bei der ein kleineres Betriebsgebäude zerstört wurde. Leider sind außer dem Materialschaden auch mehrere Menschenopfer zu beklagen. Bis jetzt wurden festgestellt 3 Tote und 50 bis 60 Verletzte, darunter 10 Schwerverletzte; von den letzteren ist noch einer seinen Wunden erlegen. Der Betrieb der Fabrik ist nicht gestört.

(r.) Mainz, 12. Juni. Hauptmann d. L. Heinrich Philippi vom Pionier-Regiment in Mainz wurde vom Kriegsgericht des Gouvernements Mainz wegen passiver Bestechung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung an das Oberkriegsgericht in Frankfurt ein. Nach mehrtägiger Verhandlung ließ es dieses aber bei der Gefängnisstrafe von drei Jahren bewenden und verschärfte das Urteil infolgedessen, als es auch auf Entfernung aus dem Heere erkannte. In seinem Zivilleben war Heinrich Philippi Regierungsbaumeister a. D. und bei Ausbruch des Krieges wurde er Teilhaber und Geschäftsführer der Firma „Maschinenfabrik Wiesbaden“, die seinen zwei Brüdern, Rudolf und Karl Philippi gehörten. Als Heinrich Philippi eingezogen wurde, zahlte die Firma ihm monatlich das Gehalt in Höhe von 1000 Mark weiter. Dafür zeigte sich Hauptmann Philippi erkenntlich, indem er besagter Firma große militärische Lieferung an Schurholz usw. übertrug. Die Firma wiederum zeigte sich erkenntlich, daß sie „Gutschriften“ in ihre Bücher eintrug, die eine beträchtliche Summe darstellten. Diese Beträge, zweifellos Provisionen, erhielt Hauptmann Philippi. Die Aufträge der Fabrik an den Heerespart befanden sich bis zur Festnahme des Hauptmanns Philippi auf 16 Millionen Mark. U. a. soll die Firma auch Mannschaften, so einen Unteroffizier mit 200.000 Mark bestochen haben, welcher damals von dem Kriegsgericht des Gouvernements Mainz zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Von der Strafkammer in Wiesbaden wurden bekanntlich die Brüder Philippi, Rudolf und Karl, wegen Bestechung (und des Preiswunders) freigesprochen, weil die zur Erfüllung des Vorwurfs der Bestechung nötige Zweckbestimmung der Leistungen, d. h. der gezahlten Provisionen, nicht nachweisbar sei. Der Staatsanwalt hat daraufhin Berufung eingelegt.

Billige Kirshen.

* Von der Bergstraße. Die Kirshenernte ist 3. St. besonders in Seehem, Alsbach etc. lebhaft im Gange. Besonders am Sonntag waren die Orte von Kirshenliebhabern geradezu überschwemmt, besonders weil Seehem den Käufern nur 45 Pfg für das Pfund abnimmt, während die benachbarten Kommunalverbände 65 Pfg. fordern. Freilich wird dieser Höchstpreis nicht immer eingehalten.

Ludendorff-Spende.

* Gausheim bei Bingen, 13. Juni. An der Ludendorff-Spende hat sich die Firma Gebr. Gimmelsbach mit 50.000 Mk. beteiligt. Davon kommen je 10.000 Mk. auf Hessen (Kreuz Bingen) und Bayern, 30.000 Mk. auf Baden.

Ein neues Mundheilmittel.

* Bonn, 13. Juni. Wenn auch die außerordentlich hohe Zahl von völlig geheilten Verwundeten in erster Linie der Tüchtigkeit unserer Ärzte zu verdanken ist, so gebührt doch auch ein nicht geringer Anteil an diesem Resultate der Vortrefflichkeit unserer Heilmittel. Ein solches Heilmittel von geradezu fundamentaler Bedeutung ist vor allem das von der bekannten Firma Krewe & Co. in Köln hergestellte und in den Apotheken käufliche Mallebrein (so genannt nach seinem Erfinder Geh. Reg.-Rat Dr. Fr. Mallebrein) eine 25%ige, fast geruchlose und wasserlösliche Lösung von chlor-saurer Aluminium, deren Wirkung und Ungiftigkeit und absolute Unschädlichkeit darauf beruht, daß sie in Berührung mit den Schleimhäuten langsam Chlor und Sauerstoff abspaltet. In Verdünnungen von 1 Teil Mallebrein mit 7 Teilen Wasser stellt das Mallebrein ein ausgezeichnetes Mundheilmittel dar, das sich bei der Behandlung frischer Wunden im Kriege vortrefflich bewährt hat. In Verdünnung von 4 Teilen Mallebrein mit 100 Teilen Wasser ist es das beste und prompteste Mittel gegen die so häufigen Halsentzündungen und Halsbeschwerden, auch gegen den so lästigen Rachentatarrh. Das regelmäßige tägliche Gurgeln mit einer derartigen, am besten lauwarm gemachten Lösung verleiht Schutz gegen alle Infektionskrankheiten, die durch die Mund- und Rachenhäute erfolgen. Von der Ärzteswelt wird das Mallebrein unter andern auch deshalb warm empfohlen, weil es sich innerlich genommen, auch bei Durch-

fällen aller Art bestens bewährt hat, und da es auch an und für sich billig ist, so erscheint es zumal in heutiger Zeit nur ratsam, wenn Jeder ein Fläschchen Mallebrein stets zur Hand hat und im Hause vorrätig hält.

Protest der Rheinfischer.

* Vom Rhein, 13. Juni. Einen eindringlichen Protest gegen das Fischen der Holländer auf dem Rhein haben die Fischer aus Hildorf, Ronheim, Baumberg, Gerath erlassen. Die Eingabe ist nach dem „Stadt-Anzeiger“ in Köln gerichtet an den Gouverneur zu Köln. In ihr wird ausgeführt, daß die Rheinfischerei immer geringere Ergebnisse bringt, da die Holländer Fischer sich bis heute schon mit etwa 80 Fischerbooten den Rhein hinauf bis Radebeim befinden gegenüber nur 30 deutschen. Letztere können infolge Personalmangels und geringerer Kapitalkraft die Fischerei nicht im gleichen Umfang betreiben wie die Holländer. Nicht nur die Aale werden von den Holländern weggefangen, sondern auch fast sämtliche Salme, Lachse und Raifische. In der Eingabe wird noch bemerkt, daß es die höchste Zeit sei, daß hier eingegriffen wird, damit nicht deutsche Lebensmittel ins Ausland wandern. Auch Spionage ist bei dem zahlreichen Vorkommen der holländischen Fischer auf dem Rhein sehr gut möglich.

Große Schiebung.

* Berlin, 12. Juni. Die „Deutsche Zeitung“ meldet: Großes Aufsehen erregt die Verhaftung des Oberbahnhofsverwalters in Kirchweyhe bei Allenstein wegen schwerer Vergehen gegen die Kriegsgesetze. Der Verhaftete soll zahlreiche umfangreiche Lebensmittelunterschlagungen und Fleischschiebung begangen haben, auch an dem Verschwinden einer ganzen Waggonladung Pfeffer beteiligt sein. Bei der Hausdurchsuchung wurden mehrere Säcke Pfeffer gefunden. Die Untersuchung wurde von Beamten des Kriegsvogt- amtes in Berlin geführt.

(1.) Bahrenth, 10. Juni. Von einem Unteroffizier erschossen wurde hier auf der Straße ein Soldat, der sich seinem Transport durch die Flucht zu entziehen versucht hatte. Der Soldat, aus Niederbayern stammend, war von seinem Truppenteil in Grafenwöhr flüchtig geworden, hatte sich aber dann im hiesigen Lazarett freiwillig gemeldet und sollte nach Grafenwöhr zurucktransportiert werden.

(w.) Stuttgart, 11. Juni. Ein mit Gefangenenbewachung betrauter Soldat, der vor kurzem aus einer Gefangenschaft entlassen worden war, erschoss in Brunnhofen bei Friedrichshafen in einem Anfall von Geistesstörung aus einem Kreis spielender Kinder heraus den zehnjährigen Knaben eines Bauführers und verletzte dann sich selbst durch einen Schuß lebensgefährlich.

(w.) Danzig, 10. Juni. Die hiesige Strafkammer verurteilte gegen fünf Primaner, die seit fünf Jahren Einbruchsdiebstähle in Danzig und Langfuhr verübt haben. Der Wert der entwendeten Gegenstände soll sich auf ca. 50.000 Mark belaufen.

— Scharfe Bahnkontrolle. Auf Ersuchen der Verwaltungsbehörden haben die Eisenbahndirektionen Mainz und Frankfurt die Stationen angewiesen, bei der Kontrolle der Reisenden bezüglich des unerlaubten Verkehrs mit Obst und Gemüse behelflich zu sein. Die an der Sperrbetätigung Scharfer haben bezüglich der Versand- und Beförderungsscheine für Obst und Gemüse eine genaue Kontrolle zu üben und allen Reisenden, welche ohne Ausweis eine größere als die versandsscheinfreie Menge Obst und Gemüse in ihrem Besitze haben, nicht durch die Sperrbetätigung lassen. Personen, die Schleichhandelsware bei sich haben, sind vom Zugpersonal von der Fahrt auszuschließen. Die Kontrolle der zur Beförderung mit der Bahn aufgegebenen, mit Versandsschein versehenen Gemüsesendungen hat sich auch auf die Nachprüfung des Inhalts der Frachtscheine zu erstrecken, damit falsche Deklarationen und Nachhinzulegungen vermieden werden. Das Beladen von Eisenbahnwagen zur Nachtzeit ist ohne Aufsicht der Bahnbeamten streng verboten. Die Maßnahmen bezwecken, die Befämpfung des Schleichhandels wirksam zu unterstützen.

— Herabsetzung des Hasepreises. Das Kriegsministerium teilt mit, daß der Hasepreis von 60 Mark für den Doppelzentner nur noch bis 15. Juni gilt und nur für Hase bezahlt werden kann, der bis dahin an ein Proviantamt abgeliefert oder für die Heeresverwaltung verladen ist.

(—) Tragik. Vor kurzem wurde berichtet, daß der Krieg der Familie des Landsturmmanns Müller in Horn in der Mark schwer mitgespielt hatte. Alle fünf Söhne und der Mann waren gefallen, während die Tochter bei einem Schiffsunglück umkam. Ein ähnliches Schicksal hat der Weltkrieg über die Familie eines Maurers in Buxtehude gebracht. Drei Söhne zogen in den Kampf und fanden den Tod. Von den Töchtern der Familie waren zwei verheiratet und eine verlobt. Auch die Schwiegermutter und der Verlobte lehnen nicht zurück. Der Vater ist wahnsinnig geworden. — Noch tragischer ist das Schicksal einer Familie in Tanna. Diese hatte sechs Söhne im Felde stehen. Innerhalb eines Jahres erlitten vier den Heldentod. In der Schlacht an der Somme fiel der fünfte Sohn. Als die Mutter die Nachricht erhielt, fiel sie tot nieder. Ein Wittguch des Vaters, ihm den jüngsten letzten Sohn zu belassen, kreuzte sich mit der Nachricht, daß dieser an der Lys gefallen sei.

(—) Der große Brand in Istanbul. „Ladmir-Gitar“ zufolge wird die Zahl der bei dem großen Brande in Istanbul eingescherten Häuser auf mindestens 8000 mit einer Gesamtbodenfläche von wenigstens 2½ Millionen Quadratmetern geschätzt. In den letzten zehn Jahren wurden durch große Brände ungefähr 20.000 Häuser mit einer Bodenfläche von mehr als 1½ Millionen Quadratmetern, das ist ungefähr ein Drittel der Ausdehnung der Stadt, vernichtet.

Uns tägliches Brot.

Uns tägliches Brot wird auch im kommenden Jahre noch die Hauptfrage des deutschen Volkes sein, trotz Siegen im Felde, trotz Friedensschluß im Osten. Wenn auch aus den reichreichen Gegenden Rumäniens, Mesopotamiens, der Ukraine Millionen von Tonnen herausgeholt werden können, so werden doch diese Ueberflüsse des Auslandes nicht ausreichen, um unsere Ernährung sorglos und reichlich zu gestalten. Unsere Bundesgenossen teilen sich in diese Ueberflüsse. Oesterreich leidet vielfach, dank der Mikrowirtschaft und der Obst-

tion der Slawen noch mehr Rot als Deutschland. Schon die ersten Besuche und Versuche in der Ukraine haben einen Borgeschmack der Preisforderungen gebracht, welche das Ausland für sein Getreide fordern wird. Deutschland wird im wesentlichen auch 1918-19 auf die von ihm selbst erzeugten Lebensmittel angewiesen sein. Daran ergibt sich schliesslich die Notwendigkeit, alles zu versuchen, was geeignet ist, die Menge und die Güte der erzeugten Lebensmittel zu steigern. Wesentliche Steigerungen können, wie die Dinge liegen, im deutschen Getreidebau nicht mehr erzielt werden. Viel ist schon erreicht, wenn bloß verhindert wird, daß bei dem herrschenden Arbeitermangel, bei der Knappheit der Düngemittel und des Spannviehs die landwirtschaftliche Erzeugung zurückgeht.

Bereits ist wieder der alte Streit entbrannt, ob nicht das ganze bisherige System der Zwangsbevirtschaftung für die Landwirtschaft aufgehoben und der freie Betrieb wieder hergestellt werden könnte. Niemand, der nicht verblendeter Sozialist ist, kann sich der Schäden, Nachteile und Gefahren der Zwangsbevirtschaftung verschließen. Die Nachteile der Zwangsbevirtschaftung wachsen von Jahr zu Jahr. Diejenige bürgerliche Partei, die frühzeitig den Kampf gegen das System der Zwangsbevirtschaftung auf allen Gebieten und gegen den Zwangssozialismus in Landwirtschaft, Industrie und Handel aufnehmen würde, wäre heute schon die populärste Partei Deutschlands. Sie wird es beim Naben des Friedens erst recht sein. Selbstverständlich wäre es ein Wagnis, dessen Verantwortung wohl kein Staatsmann tragen möchte, jetzt schon für das Jahr 1918 das ganze System der Zwangsbevirtschaftung aufzuheben und zur freien Wirtschaft überzugehen. Selbst der Hochgrad der Notlage wagt es nicht, in seinem Antrag so weit zu gehen. Bezeichnend ist, daß die Sozialdemokratie bei der Tagung ihres Hauptausschusses am 31. Mai d. J. an all' den Schäden und Nachteilen der sozialistischen Zwangsbevirtschaftung vorübergeht und eher eine Verschärfung als eine Milderung dieses Systems des Zwangssozialismus fordert. Die Sozialdemokratie sieht nicht die ungeheure Gefahr, die allen für unseren Viehstand und damit für die Ernährung unseres Volkes in dem bisherigen Zwangsbevirtschaftungssystem liegt. Es wird starker Männer bedürfen, die den Mut zur Verantwortung haben, im gegebenen Augenblick gegen den sozialistischen Strom zu schwimmen und das System des Zwangssozialismus abzuschaffen.

Trotz aller Schäden werden wir auch 1918 das System der Zwangsbevirtschaftung selbst für die Landwirtschaft weiter tragen müssen. Eins ist gewiß. Dieses System der Zwangsbevirtschaftung hat uns in Deutschland die niedrigsten Getreidepreise der Welt während des Krieges verschafft und erhalten. Wenn man die Brotpreise von heute mit denen von Jahre 1914 vergleicht, so ist die Steigerung ganz gering. Wenn man aber die sprunghafte Verteuerung bei unseren Feinden, namentlich in England verfolgt, dann erkennt man, welche Bedeutung gerade bei einer solchen Zwangsbevirtschaftung das Rückgrat einer starken, gesunden, leistungsfähigen Landwirtschaft hat. Man wird auch nach dem Kriege noch die Erfahrungen des Krieges nicht vergessen dürfen. Der Krieg hat uns bewiesen, daß es nicht bloß darauf ankommt, daß der Boden landwirtschaftlich ausgenutzt wird, sondern daß es von größter Bedeutung ist, wie diese landwirtschaftliche Ausnutzung erfolgt, wie die Verteilung von Großgrundbesitz, mittleren Besitz und Kleinbesitz, statifindet. Während in Deutschland der Weizenpreis vom Jahre 1913-17 um 45 Prozent

gestiegen ist, weisen alle anderen europäischen Staaten Steigerungen von 75 bis 130 Prozent auf. Ja, in Norwegen hat die Steigerung sogar 220 Prozent betragen. Die Preiserhöhung beim Weizen war deshalb in Deutschland nur halb so groß wie im übrigen Europa, da man den Durchschnitt der Zunahme auf 110 Prozent im Ausland rechnen kann. Der Roggenpreis ist in Deutschland um 64 Prozent gestiegen, in allen übrigen Ländern dagegen um 70 bis 170 Prozent, in Norwegen um 348 Prozent. Gerste ist in Deutschland um 69 Prozent teurer geworden, in den übrigen Staaten um 80 bis 160 Prozent. Der Hafer ist in Deutschland um 67 Prozent gestiegen, im übrigen Europa um 90 bis 240 Prozent. Auch nach dem Krieg ist in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, daß der Preis für das Getreide in den großen Erzeugungsländern unter 200 Mark Gold sinken wird, zumal Amerika für das Jahr 1918-19 bereits einen Mindestpreis von 309 Mt. eingeführt hat. Selbst bei einem freien Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und den Westmächten dürfte der Weizenpreis sich auf etwa 400 Mark im freien Handel stellen.

Die Getreidepreise sind unter der Zwangsbevirtschaftung so niedrig geblieben, daß man die Klagen der Landwirtschaft nicht ohne weiteres abweisen kann, wenn die Landwirtschaft die Steigerung der Produktionskosten in Vergleich stellt mit der Steigerung der Getreidepreise. Es läßt sich nicht leugnen, daß die unverschämte und ungesunde Lohnsteigerung in der Kriegsindustrie, namentlich auch bei Arbeiterinnen, die Abwanderung der Arbeitskräfte vom Lande in die Kriegsindustrie verhärtet hat. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Mangel an Arbeitskraft in der Landwirtschaft heute geradezu erschreckend ist. Dieser Arbeitermangel hat naturgemäß die Löhne stark in die Höhe getrieben. Aus den Buchführungsergebnissen von 33 mittel- und norddeutschen Gütern ist eine Steigerung der Ausgaben für Löhne von 1913-17 um 24,6 Prozent festgestellt worden. Tatsächlich ist die Lohnsteigerung eine viel höhere. Die Löhne für Männer und starke Jungs sind bis zu 95 Prozent gestiegen. Man braucht keine Statistik zum Beweis für die Steigerung der landwirtschaftlichen Löhne. Jeder mittlere und größere Bauer kennt sie am eigenen Leibe und weiß, daß man heute für einen Knecht und für eine Magd beinahe das Doppelte des Lohnes bezahlt, den man vor fünf Jahren ausgeben hat. Noch härter als die Löhne sind die Kosten für die Beschaffung der Spanntiere gestiegen. Die Aushebungen für das Feldheer haben die Bestände landwirtschaftlich nutzbarer Pferde so stark gelichtet, daß die Pferdebestände in einzelnen Orten nur noch den zehnten Teil von früher betragen. Die Berichte verschiedener Bürgermeistereien über den Bestand an Pferden vor dem Krieg sind erschreckend ernst. Der Preis der Pferde hat sich verdoppelt und verdreifacht. Der Preis der Zugochsen ist um 167 bis 253 Prozent gestiegen. Dazu kommen die Preissteigerungen für alle landwirtschaftlichen Maschinen, die mindestens 100 Prozent betragen. Pflüge, Sensen, Hacken, kurz alle landwirtschaftlichen Geräte sind um das Doppelte teurer geworden. Andere notwendige Dinge für den landwirtschaftlichen Betrieb, wie Stroh, Stroh, Wagen, Schmiere, Petroleum, Leder sind um ein Vielfaches des früheren Preises gestiegen. Das sind alles Tatsachen, die nicht wegzuleugnen sind. Die Landwirtschaft hat namentlich in den ersten Kriegsjahren guten Gewinn erzielt, aber es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß diese Gewinne im letzten Jahre zurückgegangen, vielfach bereits zu Verlusten geworden sind, und daß die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte auch

im kommenden Jahr durch die erhöhten Ausgaben ausgeglichen werden. Das sind Tatsachen, die man hinnehmen muß, wenn man den Verhältnissen gerecht werden will. Deshalb wird an maßgebenden Stellen die Frage ernstlich beraten, ob eine Beibehaltung der bisherigen Getreidepreise nicht unsere Ernährung gefährdet. Es ist klar, daß die niedrigen Getreidepreise bei hohen Viehpreisen, bei hohen Futtermittelpreisen und bei mangelndem Spannvieh einen Anreiz zur Verfüterung von Getreide bieten. Es ist klar, daß zu geringe Getreidepreise auch die Ursache dafür sein können, daß die Landwirtschaft den Getreidebau bei den schwierigen Arbeitsverhältnissen einschränkt, statt aufrecht erhält und vermehrt. Viehen und Futtermitteln verlangen weniger Kräfte und Spannvieh als Getreidebau. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß man an maßgebenden Stellen zu einer mäßigen Erhöhung der Getreidepreise für das kommende Jahr greifen wird und den Anbau von Getreide in der bisherigen Menge zu erhalten und womöglich noch zu steigern.

Weinzeitung.

87 600 Mk. für 1200 Liter 1915er.

* Bingen, 11. Juni. Eine der bedeutendsten und größten Weinversteigerungen, die Naturweinversteigerung der Julius Epsen'schen Weingutsverwaltung in Bingen a. Rh., des größten Weingutes am Rhein in Privatbesitz, fand heute hier statt. Zum Ausgebot gelangten 100 Nummern 1915er und 1917er naturreine Weine. Alle diese Weine wurden glatt und sicher zu hohen Preisen zugeschlagen, wobei die 1200 Liter 1915er bis 30 420, 31 000, 32 140, 32 160, und 36 560 Mt. die 19 7er bis 32 020, 34 680, 34 820, 38 180, 39 220, 39 800, 40 280, 40 720, 41 020, 42 280, 44 660, 48 860, 57 200, 60 000, 70 000, und 87 600 Mt. brachten. Der heute bei dieser Versteigerung erzielte Gesamterlös ist der höchste, der bis jetzt auf einer einzelnen Versteigerung eingebracht werden konnte. Ferner kosteten u. a.: 18 Halbfäß 1915er 8 900 bis 16 080 Mt., 2 Halbfäß 10 600, 11 250 Mt., 1 Halbfäß 13 250 Mt., 2 Halbfäß 13 770, 14 200 Mt., 2 Halbfäß 12 540, 12 910 Mt., 1 Halbfäß 18 290 Mt., 3 Halbfäß 19 17er 15 600, 18 650, 22 030 Mt., 1 Halbfäß 10 640 Mt. Der Gesamterlös stellte sich für 100 Halbfäß auf 1 537 150 Mark ohne Häßer.

Verantwortlich: Adam Etienne, Deßlich.

Holzversteigerung.

Am Montag, den 17. Juni, vormittags 11 Uhr, wird folgendes Holz auf dem Rathause versteigert:

District Gefäß:

- 39 Rm. Buchenknäuel,
- 10 " Buchenscheit,
- 30 " Eichenknäuel.

District Gutsloß und Kesselfach:

einige Rm. Buchen- und Eichenknäuel.

Ferner Obere Kerbesch:

2000 Wellen.

Deßlich, den 13. Juni 1918.

Der Bürgermeister: Becker.

Danksagung.

Für die mir aus Anlaß meines 25-jährigen Arbeiter-Jubiläums

bei der Firma Rudolph Koepp & Co. in Deßlich in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeit in Form von gütigen Geschenken und zahlreichen Glückwünschen spreche ich hiermit auf diesem Wege den Herren Besitzern, Beamten, Aufsichtern, Vorarbeitern und Arbeitskollegen meinen innigsten Dank aus.

Winkel, den 12. Juni 1918.

Heinrich Abel.

Codes-Anzeige

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Mann, unseren guten Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Peter Ignaz Moos,

Veteran von 1870/71

heute nacht um 1 Uhr, nach längerem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 74 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Deßlich, Frankfurt und Wiesbaden, den 13. Juni 1918

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag nachmittag um 3 Uhr, das Exequienamt am Montag morgen um 7 Uhr.

Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens

„Rheingauer Bürgerfreund“.

Gelder,

die zur Zeichnung auf die

9. Kriegsanleihe

bei uns dienen sollen, nehmen wir schon jetzt an und verzinsen sie mit

4½ Proz.

bis zum ersten Einzahlungstag auf die neue Anleihe

Vorschuss- & Creditverein in Geisenheim

Eingetr. Genossensch. mit beschr. Haftpf.

Dorsch.

Schlüter.

Danksagung.

Für die innige Teilnahme an dem uns betroffenen Verluste sagt herzlichsten Dank

Familie Albert.

Gattenheim, den 12. Juni 1918.

Rebenbindergarn mit Drahteinlage, Kupferkalkschwefel, la. Marmorkalk

Ph. J. Bischoff, Eltville, Tel. 82.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoklassen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild, Großes Lager in Broschen und Anhängern, Aufnahmen dazu gratis. 12 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pfg. 12 Fotos Mk. 1.50. **Reisealbumen in sofort. Ausführung.** Aufnahme bei jed. Witterung, bis 10 Uhr. Sonntags v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet. Elektr. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge auch fürs Feld.

Freundliche Wohnung

(2 Zimmer u. Küche) gesucht, am liebsten in Mittelheim.

Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Ein Waggon

Einmachtopfe

ist eingetroffen und empfohlen dieselben zu billigen Preisen.

Ferner empfohlen:

Erntestricke, Ohrenklappen, Brustnetze und Ackerleinen.

Gesam. Wilhelm, Deßlich.

Gestricke

Hemdenstoffe

empfiehlt

Ernst Strauß,

Deßlich, Fernsprecher Nr. 1.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

nimmt ständig an

Chemische Fabrik, Winkel.

Frauen und Mädchen

für sofort gesucht.

Eltviller Malzfabrik

Eisendreher,

Schlosser,

Mechaniker,

Schmiede,

weibliche und männliche

jugendliche Hilfsarbeiter

sofort gesucht

Malzfabrik Rhenania E. Maun

Niederwalluf a. Rh.

Bohnenstangen

von 3-5 Meter lang, bis

100 zu 40 Mt., ab Lager hier

so lange Vorrat reicht, haben bei

Greg. Dillmann, Geisenheim

Mitteilungen

liefert Adam Etienne, Oestrich